

Die Langenenslinger Volksversammlung am St.-Peter-und-Paulstag 1848

Ein Beitrag zur Geschichte der 1848/49er Revolution im hohenzollerischen Anteil des Landkreises Biberach

Von Prof. Dr. Rainer Loose, Tübingen*

Am 29. Juni 1988 jährte sich zum 140. Mal ein Ereignis, das in der langen, reichen Geschichte Langenenslingens gewiß zu den besonderen und denkwürdigen Geschehnissen gezählt werden darf. Indessen verstrich dieser Tag, ohne daß jemand die Öffentlichkeit darauf aufmerksam gemacht oder gar zum erinnernden Gedenken eingeladen hätte, was nicht zu verwundern braucht, da Historiker mit Ausnahme von Eberhard Gönner¹ sich mit der Revolution von 1848/49 in Hohenzollern bisher wenig beschäftigt haben. Jedenfalls finden sich in den gängigen Nachschlagewerken keine Würdigungen der Vorgänge der Jahre 1848/49, die doch letztlich die Abdankung der beiden regierenden Fürsten Carl Anton von Hohenzollern-Sigmaringen und Friedrich Wilhelm Constantin von Hohenzollern-Hechingen herbeiführten und den Anschluß der beiden Fürstentümer an das Königreich Preußen erzwangen. Leider ist die Dissertation E. Gönners (1952) wenig bekannt, und selbst die lokal- und regionalgeschichtliche Literatur² hat nur geringes Interesse an ihr gezeigt. Um so mehr gilt es, anhand der Langenenslinger Volksversammlung wiederum die 1848/49er Ereignisse bewußt zu machen und zu weiteren Nachforschungen anzuregen. In diesem Sinne wollen die nachfolgenden Ausführungen verstanden sein, zu denen die Beschäftigung mit der neuen amtlichen Kreisbeschreibung Biberach** Anlaß gab.

Zur Vorgeschichte der Volksversammlung

Die Vorgeschichte³ der Langenenslinger Volksversammlung ist mit lokalen Quellen allein nicht aufzuhellen. Wir können nur annehmen, daß Anfang März 1848 der von Frankreich über Baden nach Hohenzollern und Südwürttemberg übergreifende Revolutions-„Bazillus“ auf einen wohl vorbereiteten Nährboden traf, auf dem sich radikale Ideen und Forderungen nicht nur in den Städten wie Biberach, Riedlingen, Buchau und Sigmaringen, sondern ebenso in den Dörfern wie z. B. in Billafingen⁴ – um nur Langenenslingens Nachbarort zu nehmen – rasch auszubreiten vermochten. Die Petitionen, die aus zahlreichen hohenzollerischen Gemeinden im März 1848 an den Fürsten Carl gerichtet wurden, geben einen guten Einblick in die Stimmungen und Erwartungen der Bevölkerung. Zunächst ist es ein

allgemeiner Wunsch nach verfassungsmäßig garantierten Bürgerrechten wie Volksbewaffnung mit freier Offizierswahl, Pressefreiheit, Religionsfreiheit, gleichen Rechten für alle Staatsbürger, Schwurgerichten, Versammlungsfreiheit und Verteidigung der Staatsbürger, insbesondere aber des Militärs auf die Verfassung⁵. Dann aber werden auch spezifische, auf das Fürstentum Hohenzollern-Sigmaringen gerichtete Forderungen erhoben, die bei der ländlichen Bevölkerung wohl größeren Beifall fanden als jene nach den Bürgerrechten. Explizit werden in den Petitionen genannt die Aufhebung der sogenannten alten Abgaben (d. h. besonders der Zehnten und feudalen Fronen), die Beseitigung des feudalen Jagdrechtes, die Änderung des bisherigen Steuersystems mit Beseitigung der indirekten Steuern und statt dessen die Einführung einer Einkommenssteuer sowie die sofortige Einberufung des Landtages⁶. Im Ton sind nahezu alle Petitionen moderat und wahren die bisherigen hierarchischen Formen, was unter anderem gut in den Anreden, wie „Durchlauchtigster Souverain“, „Gnädigster Fürst und Herr“ und in der Schluß- und Grußformel zum Ausdruck kommt.⁷ Alles deutet darauf hin, daß sich die Mehrheit der Bevölkerung eine ruhige Entwicklung und eine Prüfung der Beschwerden innerhalb des bestehenden Rechts- und Herrschaftssystems wünschte. Selbst die radikalen Revolutionäre dachten zunächst nicht daran, den auf dem Klassenwahlrecht basierenden Wahlmodus im Sinne des Prinzips: „Ein Mann – eine Stimme“ zu ändern. Diese Forderung kam erst im Verlauf der Auseinandersetzungen hinzu.

Der Hinweis auf die Ende Februar in Paris ausgerufenen Französische Republik und die Ansicht, daß die in Gang gesetzte Bewegung und entstandene Unruhe einer sicheren Leitung bedürfe, um sie zu beherrschen und zum Guten zu wenden, darf wohl in diesem Sinn verstanden, insbesondere aber als Indiz für eine latente Furcht angesehen werden, es könnten – wie nach 1789 – Ereignisse und Verhältnisse eintreten, die in Krieg und Chaos mündeten. Niemand wollte Unheil oder gar Revolutionskriege, aber jedermann war sich des Risikos bewußt, das von der französischen Republik und ihren Ideen ausging, weshalb Angst, Furcht und nervöse Spannung in den Märztagen das öffentliche Leben wohl stärker beherrschten als aktive Unterstützung und helle Begeisterung, zumal ja nicht abzusehen war,

An das Volk!

Euer Erbprinz, Namens und im Auftrag des Landesherrn, sieht sich aus der Tiefe seines Herzens gedrungen, an Euch, liebe Mitbürger, einige Worte des Vertrauens und warmer Theilnahme zu richten, und diesem aufrichtigen Ausdruck seiner Gesinnung die Wohlthat folgender materieller Erleichterungen ohne Verzug beizugesellen.

In der festen Ueberzeugung, daß Mein wohlgemeinter Zuspruch in Euren für Ruhe und Ordnung, für Freiheit, Fortschritt und Gesetzes-Achtung stets empfänglich gewesenen Herzen einen beruhigenden Wiederhall finden werde, will ich keinen Augenblick länger anstehen, Euch zu versünden, daß Ich aus freiem Antrieb heute beschlossen habe, wie folgt:

- 1) Wir verzichten auf Unsere Jagdrechte in Allen Uns nicht zugehörigen Forsten und Feldern und heben die Jagdfrohnen auf.
- 2) Von dem 1. Mai d. J. mit Beendigung der dießfalligen Pachtverträge ist der Verkauf der Äsche und der Lumpen unbedingt freigegeben.
- 3) In Unsern grundherrlichen Orten erlassen Wir die Landgarbe von jetzt an ohne Entschädigung.
- 4) Die Vogtfrüchte und Vogt-Abgaben, soweit sie von Gemeinden und Privaten zu reichen sind, so wie die Rauchabgaben, Herbst- und Faschnachtshühner lassen Wir in Unsern grundherrlichen Orten gleichfalls unentgeltlich nach.
- 5) Die Unserer Domänial-Verwaltung unmittelbar zustehenden Banrechte sind ohne Entschädigung aufgehoben.
- 6) Desgleichen alle Frohdienste und Frohngelder.

Alle weiteren Petitionen, insofern Wir sie nicht schon besonders berücksichtigt haben, werden ihre ordnungsmäßige und schnelle Erledigung finden, und so weit sie Landes-Angelegenheiten betreffen, der verfassungsmäßigen Mitwirkung Unserer getreuen Landstände unterstellt werden, wie dieß namentlich rücksichtlich der Lehens-Modifikationen, der Zehntfixirung und des Steuerwesens schon öffentlich bekannt gemacht wurde.

Liebe Mitbürger! Eure Liebe und Anhänglichkeit liegt Uns am Herzen.

Wir wollen fest aneinander halten!

Euer und Unser Wohl sei unzerrennlich!

Die Verfassung werde eine Wahrheit!

Damit Unsere öffentliche Verwaltung einen volksthümlichen Charakter bekomme, so wünschen Wir, daß bis zum Zusammentritt des Landtags jedes Oberamt einige Männer aus dem Volke, welche Euer Vertrauen genießen und verdienen, durch Eure Wahl zu seiner Verathung und Unterstützung erhalte, in welcher Belordnung Ich eine Bürgschaft zur Aufrechthaltung der Ordnung und öffentlichen Sicherheit erkennen würde.

Liebe Mitbürger, Ich vertraue auf Euch! vertrauet auf Mich, Ich bin Eures Vertrauens — dieß frohe Bewußtsein kräftigt Mich — würdig.

Sigmaringen den 14. März 1848.

Carl, Erbprinz.

welche Kräfte sich an die Spitze der revolutionären Bewegung setzen würden.

In welchem Maß die Bevölkerung bereits verunsichert war, das zeigte sich schon bald am 24./25. März anlässlich des sogenannten Franzosenlärms („Franzosenamstags“). Es genügte das Gerücht, die Franzosen hätten den Rhein überschritten und rückten nach Württemberg vor, und schon vergaßen alle die Forderungen nach Veränderung der politischen Verhältnisse. Einig war man sich spontan in der Abwehr des äußeren Feindes. Wie, das vermerkt die Chronik⁸ von Langenenslingen eindrucksvoll. Die Sätze sprechen für sich: „In der Nacht vom 24. auf den 25. März 1848 durchlief plötzlich ein panischer Schrecken den hiesigen Ort, als nämlich durch eine amtliche Stafette die Nachricht hierher kam, es hätten die Franzosen den Rhein überschritten und raubten und plünderten in Baden und Württemberg. Dieselben seien schon im Anzug gegen Sigmaringen. Haigerloch stehe bereits in Flammen etc. Auf höhere Anordnung wurden in aller Eile Waffen zur Verteidigung geschmiedet. Aengstliche Leute packten sogar ihre werthvollen Sachen ein und suchten sie zu verbergen. Noch größer wurde der Schrecken, als der Befehl eintraf, alle Mannspersonen vom 18. bis 50. Lebensjahr hätten sich zum Ausmarsch gegen die Franzosen bereit zu halten. In dieser ängstlichen Spannung verharrete die hiesige Bevölkerung einen ganzen Tag lang. Erst am folgenden Morgen lief die Nachricht ein, die feindlichen Rotten seien geschlagen. Später stellte es sich heraus, daß an dem ganzen Franzosenlärm kein wahres Wort war.“

Der „Franzosenlärm“ erweist vor allem eines: die Bevölkerung sah die hier aufziehende Gefahr. Vor allem befürchtete sie, sie könnte durch Krieg und Verwüstung ihre gesamte Habe (für viele wohl ein zweites Mal seit 1800) einbüßen, was auf dem Hintergrund der Jahre 1815 bis 1848, die ja eher von wirtschaftlicher Stagnation und Depression gekennzeichnet sind, verständlich wird. Andererseits nahm der Franzosenlärm den revolutionären Kräften die Dynamik der Bewegung. Für eine aktive Unterstützung der Anfang März erhobenen Forderungen bestand zwischenzeitlich nun auch kein unmittelbarer Anlaß, zumal die fürstliche Regierung unter Erbprinz Carl Anton am 14. und 15. März wesentliche Teile der Petitionen in geltendes Recht (s. Abb. 1) umgesetzt hatte, d. h. die Jagdfronen, die grundherrlichen Lasten wie Vogtabgaben, Rauch-, Herbst- und Fasnachtshühner von den eigenen landesfürstlichen Gütern aufgehoben und eine Revision des Steuerwesens ebenso wie eine Verfassung, die von einer neu zu wählenden Ständeversammlung ausgearbeitet werden sollte, versprochen hatte sowie die Pressefreiheit garantierte.⁹ Die Hoffnungen richteten sich zweifellos auf einen zu wählenden Landtag, der in verfassungsgemäßer Form¹⁰ über die

nicht entschiedenen Beschwerdepunkte beraten und beschließen sollte. Alle Verbesserungen sollten im Rahmen der bestehenden Ordnung erfolgen. Diese Überzeugung war weit verbreitet, selbst in der Beamtschaft und beim hohenzollerischen Militär. „Veränderung mit Augenmaß“ lautete die Devise nach dem Abklingen der Märzbegeisterung im April und Mai 1848.

In dieser Zeit begannen die radikalen Kräfte, sich neu zu formieren. Überall fanden sich Gleichgesinnte in Clubs, Vereinen und Gesellschaften zusammen und sann auf Mittel und Wege, wie man die gewünschte Veränderung der politischen Verhältnisse doch noch erreichen könne. Die einen wollten den radikalen, revolutionären Umsturz und die Republik; die anderen suchten die Veränderung im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung, d. h. in einer konstitutionellen Monarchie; wiederum andere wollten nur eine Aufhebung der Grundlasten und bessere Bedingungen bei der Allodifizierung der Lehen, d. h. bei der Umwandlung der grundherrlichen Lehen in unbelastetes bürgerliches Eigentum. Der ersten Richtung zuzuordnen ist der in Sigmaringen am 24. Mai gegründete Vaterländische Verein des Rechtsanwaltes Carl Otto Würth¹¹, der bald in jeder größeren hohenzollerischen Gemeinde Sympathisanten fand und Zweigvereine besaß, auch in Langenenslingen, wo der Bürgermeister Joseph Gulde¹² den Vorsitz führte. Die Kontrahenten bildeten etwa gleichzeitig den Konstitutionellen Verein¹³, der hauptsächlich im hohenzollerischen Oberland, in den Ämtern Wald und Ostrach, seine Anhänger rekrutierte. Im benachbarten Riedlingen gründete der Kaufmann Thadä Eduard Miller¹⁴ am 8. Juni 1848 den Demokratischen Verein, der große Aktivitäten in der Stadt und in den Riedlinger Umlandgemeinden entwickelte und später, im Juni 1849, den Aufstand wagte. Seine Gegenspieler gruppierten sich im Piusverein¹⁵, der am 10. Januar 1849 gegründet wurde.

Vaterländischer Verein und Konstitutioneller Verein agitierten zunächst in den Zeitungen, im „Volksfreund“ die Konservativen, im „Erzähler“ die Liberalen und Demokraten. Jedoch verlagerte sich Anfang Juni die politische Propaganda auf die Straße. In Volksversammlungen versuchten die Revolutionäre die Bevölkerung für ihre Ziele zu mobilisieren. Zweifellos mit Erfolg! Mit dazu beigetragen hatte gewiß die Einquartierung bayerischen Militärs, das ja bereits Ende April im Oberland an der Grenze zum Großherzogtum Baden Posten bezogen hatte, um die Heckerschen Scharen abwehren zu können, und Mitte Mai zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung nach Sigmaringen gerufen wurde.¹⁶ Auch wenn das bayerische Regiment nicht lange in Sigmaringen blieb, so war doch jedem Demokraten klar, daß die revolutionäre Bewegung jederzeit



Nro. 52.

Mittwoch den 28. Juni 1848.

leicht mit Waffengewalt unterdrückt werden konnte, solange nicht die Bevölkerung sie uneingeschränkt mittrug, so wie im März, als sich große Teile in heller Begeisterung gegen die Regierung und die überkommene Ordnung auflehnten. Aber wie ließen sich die zögernden Massen mobilisieren, wenn sich die Gegensätze nicht verschärften? Die Republikaner wußten, daß dies nur zu schaffen war, wenn eindrucksvolle Massenveranstaltungen einmal den Regierenden die Verwurzelung der Märzideen in der Bevölkerung verdeutlichten, (modern gesprochen: wenn die Akzeptanz des revolutionären Programms überall hoch war), zum anderen, wenn es gelang, durch geschickte Reden eine Art Massenpsychose zu erzeugen, die den Leuten das Gefühl vermittelte, es stünde alles auf dem Spiel, wenn das Ziel nicht erreicht werde. Folgerichtig begann der Advokat Würth mit seinen Gesinnungsgenossen eine rege Versammlungs- und Vertragstätigkeit im Juni, die ihn am Pfingstsonntag (11. Juni) nach Habsthal, am Pfingstmontag nach Benzigen, am 18. Juni nach Sigmaringen (wo die Regierung schon mit einer allgemeinen Erhebung rechnete) und schließlich am 29. Juni nach Langenenslingen führte.

Die Geschehnisse am St.-Peter-und-Paulstag

Der Organisator der Langenenslinger Volksversammlung, der Vaterländische Verein unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Joseph Gulde, hatte wohl von Anfang an Großes vor (s. Abb. 2). Mit Zeitungsannoncen¹⁷ lud er „auswärtige deutsche Vaterlandsfreunde“ zu einer Volksversammlung auf Donnerstag, den 29. Juni 1848, nachmittags drei Uhr nach Langenenslingen ein, wo, wie es hieß, die wichtigsten Fragen der Gegenwart besprochen werden sollten. Der Verein bat um zahlreiche Teilnahme. Tatsächlich strömte am Feiertag St. Peter und Paul eine große Menschenmenge zusammen. Der „Erzähler“, das den Republikanern nahestehende

Langenenslingen. Volks-Versammlung.

Am Donnerstag, den 29. d. Mts., Nachmittags 3 Uhr findet dahier eine Volksversammlung statt, bei welcher besonders die wichtigsten Fragen der Gegenwart besprochen werden.

Indem wir auswärtigen deutschen Vaterlandsfreunden auf diesem Wege hiervon Nachricht erteilen, haben wir zu zahlreicher Theilnahme hieran ein.

Den 21. Juni 1848.

Der hiesige Vaterlandsverein,
für denselben: Gulde, V.-Mr.

Abb. 2: Aufruf zur Teilnahme an der Volksversammlung am St.-Peter-und-Paulstag 1848 in Langenenslingen, veröffentlicht in der Riedlinger politischen Zeitung Nr. 52 vom 28. 6. 1848 (Vorlage: Stadtarchiv Riedlingen).

Presseorgan¹⁸, zählte ca. 4000 Personen, darunter mindestens 2000 Württemberger, die von Zwiefalten, Riedlingen, Scheer, Saulgau, Mengen und selbst vom weit entfernten Biberach kamen. Was im einzelnen geschah, darüber berichtet ausführlich und lebendig ein Korrespondent in der eben zitierten Zeitung „Der Erzähler“ unter dem Datum des 1. Juli. Auf diesen Bericht stützt sich die folgende Rekonstruktion des Ablaufs der Volksversammlung.

Gegen zwei Uhr mittags, als die Sigmaringer Delegation (ca. 100 Mann) eintraf, war die lange Hauptstraße des Dorfes schon so mit festlich gekleideten Menschen verstopft, daß nur noch zu Fuß der Festplatz vor dem Schloß und dem Gasthaus „Adler“ zu erreichen war. Die Einwohner hatten ihre Häuser mit Girlanden und Fahnen (darunter auch „deutsche“ Fahnen in Schwarz-Rot-Gold) festlich geschmückt und an den beiden Dorfeingängen Festbogen errichtet, die das Bild Heckers und die Buchstaben F. H. (für Friedrich Hecker) zierten. Überhaupt war Friedrich Hecker aus Baden das Idol der

Masse. Sie lieben ihn mit Hochrufen hochleben, und der Ruf „Hecker hoch“ diente gleichzeitig unter den Teilnehmern der Versammlung als Willkommens- und Abschiedsgruß. Um 15 Uhr sammelten sich alle um die Tribüne mitten im Dorf auf dem Festplatz. Bürgermilitär empfing die Redner mit Salut. Das Böllerschießen nahm erst ein Ende, als Bürgermeister Gulde die Tribüne bestieg, die Versammlung eröffnete und die Teilnehmer willkommen hieß. Die Hauptredner waren der Advokat Carl Otto Würth aus Sigmaringen, der Kaufmann Thadä E. Miller aus Riedlingen und der Löwenwirt Meinrad Kleiner¹⁹ aus Vilsingen. Worüber im einzelnen gesprochen wurde, verrät der „Erzähler“ nicht genau. Sehr summarisch und allgemein schreibt er, daß sich die Sprecher in dem alle leitenden Gedanken von und in der Forderung nach einer Republik einig gewesen seien. Die Chronik von Langenenslingen²⁰ ergänzt hierzu, man habe über die Abschaffung der Zehnten und über die allgemeine Wehrpflicht debattiert. Ansonsten wurden die allgemeinen politischen Themen und Forderungen wiederholt, wie sie auch auf den anderen Versammlungen zu hören waren. Den Rednern gelang es, die Zuhörer in Hochstimmung und Euphorie zu versetzen. Denn als gegen 18 Uhr die Vorträge beendet waren und man zum Feiern in die Wirtschaften und Biergärten Langenenslingens zog, gelobten die Teilnehmer, sie wollten deutsche Brüder sein und in Treue mutig und ausdauernd zusammenstehen. Es war, wie der „Erzähler“ gesteht, alles in allem ein gelungenes Volksfest, das ruhig verlief und in vielen Teilnehmern die Überzeugung festigte, daß eines Tages alle Wünsche in Erfüllung gehen würden.

Wenngleich die Darstellung im „Erzähler“ quellenkritisch gesehen eher die Stimmung eines befangenen Reporters widerspiegelt, so enthält sie doch Fakten, die sich nicht wegdiskutieren lassen. Es sind dies die starke Beeinflussung der hohenzollerischen Revolutionsbewegung durch Friedrich Hecker und – erkennbar an den Fahnenfarben Schwarz-Rot-Gold – die Sehnsucht²¹ nach nationaler Einheit, um die in der Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche heftig gerungen wurde, sowie die Existenz von Bürgermilitär, in dem sich der Wille der Demokraten artikulierte, sich gegen innere und äußere Feinde zur Wehr zu setzen. Langenenslingen darf in dieser Hinsicht als ein besonders frühes Beispiel von Volksbewaffnung auf dem Land gelten.²² Aus der Chronik erfahren wir hierzu noch unter dem Stichjahr 1848, daß die Bürgerwehr von dem Adlerwirt Anton Götz kommandiert und fleißig trainiert wurde, so daß sie immer mehr an militärischem Aussehen gewann. Da die Kosten für Bekleidung und Bewaffnung jeder Wehrmann selbst zu tragen hatte, beschloß der Gemeinderat später zur Entlastung des einzelnen Bürgerwehrsoldaten, die teuren

Schießgewehre auf Kosten der Heiligenpflege anzuschaffen. Die Heiligenrechnung²³ von 1849/50 notiert auch tatsächlich die Ausgabe von 499 Gulden 50 Kreuzer für 40 Musketen.

Wer nun die eigentlichen Organisatoren und Träger der „Revolution“ in Langenenslingen waren, darüber braucht man nicht zu spekulieren. Die Namen werden offen genannt. Es sind Angehörige der dörflichen Führungsschicht: der Bürgermeister Joseph Gulde als Vorsitzender des Vaterländischen Vereins, der die Volksversammlung vorbereitet und eröffnet; der Adlerwirt und Gemeinderat Anton Götz, der die Bürgerwehr kommandiert; der Wundarzt Johann Failer²⁴, der als Abgeordneter des Oberamts Sigmaringen (Wahlbezirk V) in den außerordentlichen Landtag des 1. Juli gewählt wird und dort zu den Anhängern Würths zählt; und – mit Einschränkung – der aus Langenenslingen gebürtige und in Gruol tätige Pfarrer Silvester Miller²⁵, der als Vertreter der Geistlichkeit im außerordentlichen Landtag überraschend die Anträge Würths auf Aufhebung der Zehnten unterstützte, wofür dieser ihm in der Frage der staatlichen Kirchengeschichte, d. h. der Freiheit der Kirche von staatlicher Bevormundung und Kontrolle, entgegenkam und Zugeständnisse machte.

Auch bei den Teilnehmern, den passiven Trägern, läßt sich aus einer späteren Quelle, einem Brief des Kommandanten des sigmaringischen Truppenkontingentes von Niedermayr an den Fürsten, ein Personenkreis ausgrenzen, der wohl überall in derartigen Versammlungen zu finden ist, nämlich viel junges Volk.²⁶

Das Ende der Bewegung

Langenenslingens Demokraten wurden im Oktober 1848 ziemlich abrupt in die politische Wirklichkeit zurückgeholt. Denn als Reaktion auf die Sigmaringer Karlsplatzversammlung vom 26. September mit ihren radikalen Beschlüssen fürchteten Fürst und Fürstliche Regierung um ihre Sicherheit und flohen ins Exil nach Überlingen, nicht ohne zuvor den für den deutschen Südwesten bestellten Reichskommissar, den Grafen von Keller, auch um die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung im Fürstentum zu ersuchen. Aber weder Ruhe noch Ordnung mußten wieder hergestellt werden, da die Revolutionäre mit der Ausrufung der Republik zögerten. Gleichwohl besetzten am 10. September bayerische Truppen die Residenzstadt und andere Orte, darunter auch Langenenslingen. Die Anwesenheit von bayerischem Militär hält die Heiligenrechnung von 1848/49 exakt für die Zeit vom 22. Oktober bis zum 9. November 1848 fest, da auch der Heilige entsprechend der Veranlagung nach dem Steuerkapital Einquartierungskosten zu übernehmen hatte.



Abb. 3: Gasthof „Adler“ in Langenenslingen, dessen Besitzer A. Gulde 1848 die Bürgerwehr kommandierte und wo man nach der Kundgebung beim Bier frohgelaunt und brüderlich vereint Friedrich Hecker und die badische Revolution hochleben ließ (Aufnahme um 1910, im Besitz der Gemeinde Langenenslingen).

Insgesamt werden für 14 Soldaten an Kost und Logis 81 Gulden 36 Kreuzer verrechnet, und zwar für zehn Mann Kavallerie, die beim Adlerwirt, und vier Mann Infanterie, die beim Sonnenwirt einquartiert waren.²⁷ Damit erhielt die Revolution einen empfindlichen Schlag versetzt. Der Eifer der Demokraten wurde gebremst, wengleich der „Revolutionsschwindel“, wie sich der Verfasser der Chronik von Langenenslingen ausdrückte, noch nicht endgültig aus den Köpfen ausgetrieben werden konnte. Denn die Langenenslinger haben es ja immerhin am 8. Mai 1849 noch gewagt, ihre Bürgerwehr mit Musketen auszustatten. Ob dies in konformer verfassungsmäßiger oder verdeckter revolutionärer Absicht geschah, kann nicht ermittelt werden, wohl aber, daß es für eine Institution geschah, die den Märzereignissen ihre Entstehung verdankte. Sie ist gewiß auch auf dem Hintergrund der im Mai 1849 noch einmal aufkommenden allgemeinen Begeisterung für die nationale Einheit und für die von der Nationalversammlung beschlossene Reichsverfassung zu sehen.²⁸ Auch hier erstickte zu Anfang August 1849 preußisches Militär mit Waffengewalt jede revolutionäre Gesinnung und damit die Hoffnung auf erweiterte bürgerliche Freiheiten.

Es bleibt abschließend die Frage, ob sich das Engagement der Einwohner Langenenslingens wie auch das der übrigen Anhänger der Revolution in

Hohenzollern „bezahlt“ gemacht hat oder ob ihnen vielleicht sogar der Prozeß gemacht wurde. Was die ortsansässigen Organisatoren und Redner der Langenenslinger Volksversammlung angeht, so sind ihnen offenkundig für ihr Eintreten zugunsten der radikaldemokratischen Ideen keine persönlichen Nachteile erwachsen. Der Bürgermeister Joseph Gulde blieb im Amt und wurde am 29. April 1851 für weitere sechs Jahre zum Bürgermeister gewählt, in großer Eintracht, wie der „Schwarzwälder Bote“ vom 4. Mai 1851 meldet.²⁹ Er diente seiner Gemeinde bis 1883 als Bürgermeister. 1872 war er an der Ausarbeitung des Gesetzentwurfes für einen „Kommunallandtag in den Hohenzollerischen Landen“ beteiligt, und 1874 wurde er von der Amtsversammlung Sigmaringen zum Abgeordneten des Kommunallandtages (bis 1879) gewählt.³⁰ Der Wundarzt Failler durfte ebenfalls seine Praxis weiter betreiben. Lediglich die auswärtigen Hauptredner C. O. Würth und Th. E. Miller büßten teilweise schwer. Würth entzog sich rechtzeitig seiner Verhaftung durch Flucht in die Schweiz, wo er sich in Chur als Rechtsanwalt niederließ und 1884 starb³¹; Miller wurde in Riedlingen festgenommen, saß fast zwei Jahre in Untersuchungshaft und wurde am 2. Januar 1852 zur Verbüßung von 15 Monaten Freiheitsstrafe auf die Festung Asperg gebracht. Er erhielt auch eine empfindliche Vermögensstrafe, so daß seine Frau sich

1852 für zahlungsunfähig erklärte.³² Nach seiner Freilassung nahm er aber wieder verschiedene bürgerliche Ehrenämter wahr.

Die Errungenschaften für den einzelnen Bürger sind nicht sogleich und unmittelbar auszumachen. Den Landbesitzern wurden zwar schon 1848 und 1850 Zugeständnisse bei der Aufhebung der alten Abgaben gemacht, doch die eigentlichen Lasten und drückenden Zehntabgaben fielen erst 1862/63 weg. Die Einwohner Langenenslingens, soweit sie Äcker und Wiesen bauten, mußten hierfür die hohe Ablösungssumme von nahezu 72000 Gulden aufbringen.³³ Hinsichtlich des Wunsches nach Volksbewaffnung und allgemeiner Wehrpflicht holte die Verfechter dieser Idee die politische Realität schon 1850 ein. Preußen führte in seiner am 12. März 1850 hinzugekommenen Provinz Hohenzollern noch im gleichen Jahr die zweijährige Dienstpflicht für alle Männer im Alter von 18 bis 50 Jahren ein. Der Forderung der Demokraten nach Verteidigung der Militärpersonen auf die Verfassung kam die neue Regierung nicht nach. Der König duldete nur einen Eid auf die Krone Preußens.³⁴ Schließlich wurden mit der Einführung der preußischen Verfassung (1850) auch die parlamentarischen Institutionen wie Landtag und Landesdeputationen ohne Widerspruch aufgehoben. Eine Mitwirkung bei Selbstverwaltung in Landesangelegenheiten war damit den Einwohnern Hohenzollerns faktisch bis zur Konstitutionierung des Kommunallandtages 1874 verwehrt. Zur nationalen Einheit gelangte Hohenzollern, wie alle anderen deutschen Bundesstaaten, auf dem Umweg der Bismarckschen Einigungspolitik 1870/71, allerdings nun unter dem Vorzeichen des Strebens Preußens nach Hegemonie und nicht – wie 1848/49 – auf dem Weg des Ringens und der Auseinandersetzung im Frankfurter Paulskirchenparlament. Die Pressefreiheit blieb formal erhalten; doch wagte niemand, die eingetretenen politischen Verhältnisse offen zu kritisieren. Das Klima der Restauration verlangte jetzt angepaßte Berichte, die die Ereignisse von 1848/49 verzerrend darstellten, vor allem den Einsatz der preußischen Truppen als notwendig zur Aufrechterhaltung der überkommenen Ordnung rechtfertigten, nicht zuletzt um Chaos und Aufruhr zu verhindern und zu ersticken. Es galt, wie sich Bürgerliche und Liberale später einredeten, die Einheit von Volk und Monarch zu wahren, und diese Idee fand breite Zustimmung in der Bevölkerung.

Das Verdienst der Akteure von 1848/49 ist zweifellos darin zu erblicken, daß sie Forderungen formulierten, über die die Herrschenden nicht so ohne weiteres hinweggehen konnten. Sie brachten sie ins öffentliche Bewußtsein, ohne sie freilich im politischen Tagesgeschäft sofort lösen zu können. Dafür waren die Zeiten doch zu hektisch und zu stürmisch. Ihre Gegenspieler konnten andererseits die Ent-

wicklung nicht zurückdrehen, sondern nur noch in ihrem Sinne beeinflussen (so die nationale Frage) oder verzögern (so die Grundlastenablösung). Nicht auf revolutionärem, sondern auf evolutionärem Wege gingen die meisten 1848/49er Programm- und Beschwerdepunkte nach und nach in Erfüllung. Dazu hat die Langenenslinger Volksversammlung beigetragen, so daß es nicht verfehlt ist, an sie – vielleicht an öffentlicher Stelle – mit einer Gedenktafel zu erinnern, nicht zuletzt, weil sich in den Auseinandersetzungen des Pro und Contra verfassungsmäßiger Ordnung Wurzeln unserer heutigen politischen Parteien finden lassen, u. a. im „Piusverein“ der politische Katholizismus, der sich während des Bismarckschen Kulturkampfes zum „Zentrum“ formierte, und im „Volksverein“ liberale und freisinnige Parteien, die später unter verschiedenen Namen firmierten.

Anmerkungen

* Bei dem vorliegenden Beitrag handelt es sich um eine erweiterte Fassung eines Artikels in der „Schwäbischen Zeitung“, Ausgabe Riedlingen, vom 14. Januar 1989. – Zu danken hat der Verfasser Herrn Bürgermeister Werner Gebele, Langenenslingen, für seine Unterstützung.

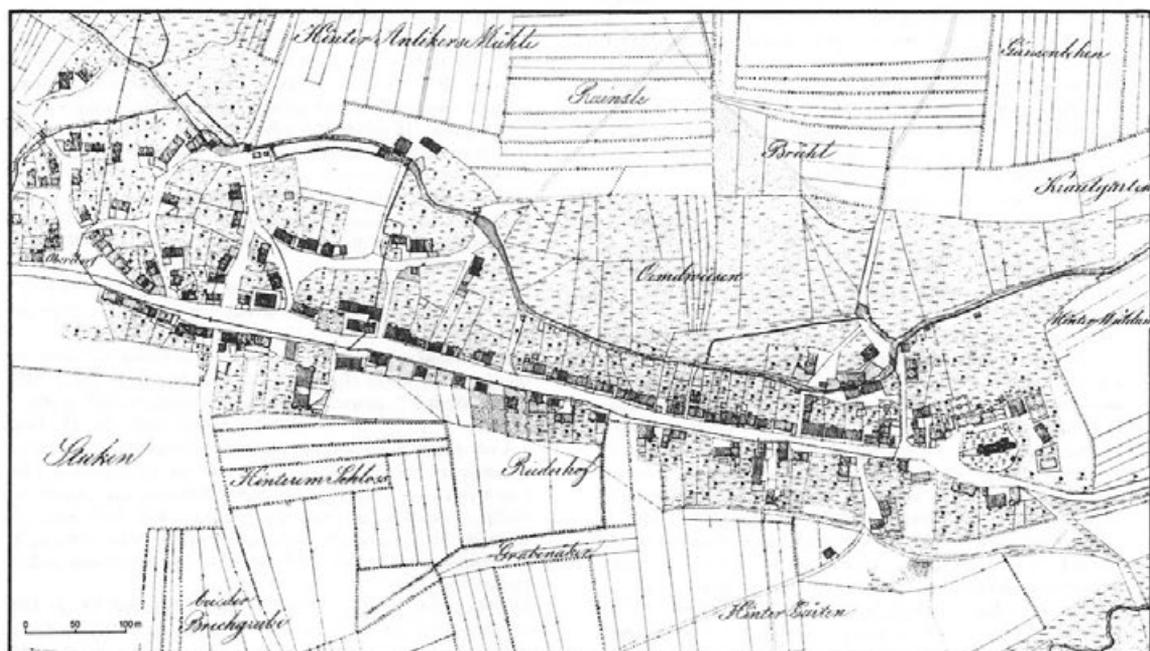
** Der Landkreis Biberach, hg. von der Landesarchivdirektion Baden-Württemberg in Verbindung mit dem Landkreis Biberach Bd. I, Sigmaringen 1987; Bd. II Sigmaringen 1989.

- 1 Die Revolution von 1848/49 in den hohenzollerischen Fürstentümern und deren Anschluß an Preußen (= Arbeiten zur Landeskunde Hohenzollerns H. 1), Hechingen 1952, hier bes. S. 96.
- 2 Vgl. die auf die Chronik von Langenenslingen gestützte Darstellung von Knaupp, Franz: Langenenslingen, Riedlingen 1927, S. 35 (Nachdruck Riedlingen 1984, S. 44); Maier, Johannes: Aus der Ortsgeschichte von Langenenslingen, in: Festschrift zum 9. Kreismusikfest des Kreises Sigmaringen am 31. 5. 1958 in Langenenslingen, o. O. 1958; Schötle, Joh. Evang., Geschichte von Stadt und Stift Buchau, Waldsee 1884 (Nachdruck Bad Buchau 1977), S. 113.
- 3 Vgl. dazu die Darstellungen bei Gönner, 1952; Valentin, Veit, Geschichte der deutschen Revolution 1848/49, 2 Bde. Köln 1970 (Nachdruck der 1. Aufl. von 1930/31); Huber, Ernst Rudolf, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 2, S. 505 ff., Stuttgart 1960; Langewiesche, Dieter, Europa zwischen Restauration und Revolution 1815–1849 (= Oldenbourg Grundriß der Geschichte Bd. 13), München 1985, S. 92 ff.; Siemann, Wolfgang, Die deutsche Revolution von 1848/49. (Edition Suhrkamp NF 266) Frankfurt/Main 1985.
- 4 Vgl. Gönner 1952, S. 40 über die Unruhe im Oberamt Gammertingen. Zu Billafingen StA Sigmaringen Bestand I C I. 2 f Nr. 27 (Pak. 169); S. 55 Petition des Bürgermeisters Majer und der Gemeinderäte Müller (2x) und Reiser an die Fürstliche Geheime Konferenz zu Sigmaringen, datiert Billafingen, den 6. März 1848, in der sich die Gemeinde der Sigmaringer Erklärung anschließt.
- 5 Vgl. die Petition der Bürgerschaft Sigmaringen an den Fürsten Carl vom 5. März 1848 (StA Sigmaringen Bestand I C I. 2 f Nr. 27, S. 3–4).
- 6 Vgl. Anm. 5. In der Petition des Bürgerausschusses von Veringendorf werden zudem noch Bitten um gerechtere Verteilung der Straßen- und Brückenbaulasten sowie ein garantierter Zinsfuß von nicht mehr als 5% auf Darlehen ausgesprochen und die Entlassung der ausländischen Beamten aus dem Staatsdienst und Einstellung inländischer Kräfte gefordert (ebenda, Nr. 7).

- 7 Z. B. verharret der Billafinger Gemeinderat „in tiefster Ehrfurcht untertänigst“. In der Petition von Veringendorf bezeichnen sich Gemeinderäte und Mitglieder des Bürgerausschusses als „gehorsamste Diener“!
- 8 Aufbewahrt im Gemeindearchiv Langenenslingen Nr. 118 (Schulbuch III).
- 9 Vgl. Gönner, 1952, S. 44 ff.; StA Sigmaringen NVA II 4352, Nr. 38 + 39. Verordnungs- und Anzeigebblatt für das Fürstentum Hohenzollern-Sigmaringen, Extrablatt zu Nr. 11, März 1848.
- 10 Vgl. Verordnung der Fürstl. Regierung über die Erneuerung der Wahlkörper zur Ständeversammlung vom 15. März 1848, veröffentlicht im Verordnungs- und Anzeigebblatt für das Fürstentum Hohenzollern-Sigmaringen, Extrablatt zu Nr. 11 vom März 1848.
- 11 Carl Otto Würth (geb. 1803 in Donaueschingen, gestorben 1884 in Chur/Graubünden) ist aufgewachsen in Jungnau, wo sein Vater seit 1805 als fürstenbergischer Obervogt tätig war. Er war offenbar ein guter Schüler, da er 1821 unter den belobigten Studierenden des Fürstentums Sigmaringen erscheint (s. Wochenblatt für das Fürstentum Sigmaringen 13. Jg. 1821, S. 136). 1835 schuf er sich mit der Zeitung „Der Wächter“ ein liberales Publikationsorgan, das jedoch wegen des Desinteresses der Bevölkerung nicht lebensfähig war und daher schon 1836 sein Erscheinen einstellen mußte (Walchner, Martin, Entwicklung und Struktur der Tagespresse in Südbaden u. Südwürttemberg-Hohenzollern, Sigmaringen 1986, S. 34). Würth zählte zu den liberalen Oppositionellen, die seit 1830 im Zuge der französischen Julirevolution auch in Hohenzollern verfassungsmäßig garantierte Grundrechte und eine parlamentarisch verantwortliche Regierung forderten. Als Advokat in Sigmaringen konnte er gut die wirtschaftlichen Verhältnisse des Fürstentums und den Rückstand (gegenüber dem Großherzogtum Baden) der verfassungsrechtlichen Ordnung, die er schon vor 1848 kritisierte. Er galt der Regierung als unbequem, aber nicht illoyaler Jurist, den man nicht mochte. So war man froh, daß er nur als Stellvertreter des Abgeordneten des Wahlbezirks VII (Ostrach) in den außerordentlichen Landtag vom 1. Juli 1848 gewählt wurde und auch nur als Nachrücker für den im Mai in das Paulskirchenparlament entsandten Pfarrer Sprißler aus Empfingen nach Frankfurt gehen konnte. In Frankfurt wandelte er sich zum linksradikalen Revolutionär und schloß sich der Fraktion Donnersberg an, in der er als Verfechter einer antipreußischen (d. h. gegen die alte Ordnung kämpfenden) Politik auftrat. Im Juni 1849 floh er mit dem Rumpfparlament von Frankfurt nach Stuttgart und rief dort zum bewaffneten Kampf gegen die anrückenden preußischen Truppen. Zugleich ließ er die Regierung in Sigmaringen wissen, daß er zum Kommissar der Reichsregentschaft für die beiden hohenzollerischen Fürstentümer bestellt sei. Vgl. Gönner, 1952; Senn, Ernst, Die drei Hohenzollern im Frankfurter Reichstag 1849, in: Zollernheimat 5. Jg. (1936), S. 58/59; Frick, Walter, Ein Donaueschinger war Präsident der Republik Sigmaringen. Der vergessene 48er Carl Otto Würth aus Donaueschingen, in: Oberländer Chronik, 1964, Nr. 282.
- 12 Riedlinger politische Zeitung Nr. 52 vom 28. Juni 1848, S. 215.
- 13 Gönner, 1952, S. 87. Zu den herausragenden Persönlichkeiten des Konstitutionellen Vereins sind die Abgeordneten des außerordentlichen Landtags vom 1. Juli 1848, der Advokat Dopfer und Regierungsrat von Sallwürk, zu zählen.
- 14 Über Th. E. Miller s. Neidlinger, Karl, Thadä Eduard Miller (1819–1883), „Anstifter und Anführer der Revolution“ (1848/49 in Riedlingen, in: BC – Heimatkundliche Blätter für den Kreis Biberach 7. Jg. H. 1 (1984), S. 18–27.
- 15 Braig, Alois, Der Piusverein 1849. „Die Revolution auf legalem Weg“, in: W. Abfalz (Hg.), 500 Jahre Pfarrkirche St. Georg Riedlingen, Riedlingen 1986, S. 52–53. Es handelte sich offenbar um einen Bezirksverein des in Mainz gegründeten Piusvereins, dessen Statuten in der Zeitung „Der Volksfreund aus Hohenzollern“ Nr. 39 vom 7. 7. 1848, S. 239–241 abgedruckt sind in der Absicht, in Sigmaringen einen Zweigverein zu gründen. Initiator des Piusvereins in Hohenzollern war der aus Langenenslingen gebürtige Pfarrer Miller aus Gruol.
- 16 Die Truppen wurden daraufhin nach Vilsingen verlegt. Die Frage, wer die bayerischen Truppen gerufen hatte, spielte noch zu Beginn des außerordentlichen Landtages eine wichtige Rolle in der Auseinandersetzung zwischen dem Abgeordneten Würth und der Fürstlichen Regierung unter dem Geheimen Rat von Schenk zu Schweinsberg, der in dieser Frage zwiespältig argumentierte, weil er selbst nicht wußte, von wem die Soldaten gerufen worden waren. Nebenbei bemerkt: In Riedlingen lagen Truppen der Bundesfestung Ulm, die dorthin am 16. Juni 1848 zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung gerufen worden waren; das 3. Infanterie-Regiment (insges. 176 Mann) versah hier bis 8. Oktober Patrouillendienste (HStA Stuttgart, E 146 III alt, u. 1937).
- 17 Vgl. Riedlinger politische Zeitung Nr. 52 vom 28. Juni 1848 S. 215; die Einladung ist mit 21. Juni 1848 datiert.
- 18 Nr. 53 vom 4. Juli 1848, S. 224.
- 19 Der Löwenwirt M. Kleiner aus Vilsingen war bei den Wahlen zum außerordentlichen Landtag vom 1. Juli 1848 zum Ersatzabgeordneten für den Wahlbezirk V (Sigmaringen) gewählt worden. Kleiner verstand es, die bäuerlichen Zuhörer für die Revolution zu gewinnen, indem er wiederholt die Frage der Ablösung der Zehnten und anderer grundherrlicher Lasten zum Gegenstand der Agitation machte.
- 20 Vgl. Anm. 8.
- 21 Dies zeigt sich auch in der Betonung des „deutschen“ Elementes („deutsche Fahne“, „deutsche Brüder“).
- 22 Gönner, 1952, S. 121/122. In diesem Zusammenhang verdienen die Aufrufe des Sigmaringer Bewaffnungs-Comités vom 24. und 31. März 1848 Beachtung. Sie fordern die Gemeinden auf, „in Eile“ anzugeben, wie viele Gewehre die Bürgerwehren nötig hätten, damit man sie in großer Zahl billig einkaufen könne. Solange man keine Gewehre habe, müßten auch Sensenmännerkompagnien (!) gebildet werden, um die Wehrhaftigkeit der Bevölkerung unter Beweis zu stellen. Die Sigmaringer Handwerker Karl Biedermann, J. Fidel Lutz und A. Bolter erboten sich in einer Annonce, die von den Gemeinden bestellten Waffen anzufertigen (Verordnungs- u. Anzeigebblatt für das Fürstentum Hohenzollern-Sigmaringen Nr. 14 vom 31. März 1848; Beilage zu Nr. 14).
- 23 Pfarrarchiv Langenenslingen, Heiligenrechnung 1849/50 S. 137 Rubrik: „Ausgabe auf Anschaffung von Schießgewehren zur Bürgerwehr“.
- 24 Vgl. Verhandlungen der außerordentlichen Ständeversammlung für das Fürstentum Hohenzollern-Sigmaringen im Jahre 1848, Protokolle Bd. 1, Sigmaringen 1848, S. 2; Gönner, 1952, S. 101.
- 25 Gönner, 1952, S. 105 ff. Silvester Miller (geb. 30. 12. 1806) erwarb sich neben seiner Tätigkeit als Abgeordneter des außerordentlichen Landtags große Verdienste um das Schulwesen des Fürstentums Sigmaringen, das er mit Rat und Tat, zuletzt (ab 1865) als Schulrat zu reformieren suchte. Vgl. Hebeisen, G., Beiträge zur Geschichte des Schulwesens in Hohenzollern, in: Mitteilungen des Vereins für Geschichte und Altertumskunde in Hohenzollern 63. Jg. (1932), S. 69 ff.
- 26 StA Sigmaringen Dep. 39 (FH DomA) HS, NZ 53, 21 VIII (= Rubrik 53 XXIV, Fach 14 + 15, Fasc. Nr. 8 III, 7) datiert Sigmaringen, 5. Sept. 1848. Darin wird gesagt, daß die Republikaner ihren Volksführer Würth am 4. 9., abends 8 Uhr, mit einem Fackelzug geehrt hätten; darunter seien viele junge Buben gewesen und viele Auswärtige, die dazu aufgefordert worden waren. Besonders zahlreich hätten sich „die Bauern von Benzingen, Langenenslingen und Vilsingen eingestellt, da bekanntlich in den drei Ortschaften Würths Treiben am meisten Anklang findet“. Vgl. dazu auch die Rolle des Sigmaringer Turnerbundes bei Maren Kuhn-Rehfuß, in: Hohenzollerische Heimat 38. Jg. (1988) S. 41–44.
- 27 Pfarrarchiv Langenenslingen, Heiligenrechnung 1848/49 S. 107 Rubrik: „Ausgabe Militär-Einquartierungskosten“.
- 28 Im benachbarten Riedlingen erwartete man am 30. Mai 1849 das Signal zu einem bewaffneten Zug der Bürgerwehr nach Stuttgart, um zusammen mit anderen Kräften, v. a. den demokratischen oder Märzvereinen, die Beschlüsse der Reutlinger Ver-

- sammlung (darunter zahlreiche Paulskirchen-Beschlüsse) gegen Innenminister Duvernoy durchzusetzen. Daß es dazu nicht kam, war dem entschlossenen Eingreifen des Oberamtsaktuars Osian-der zu verdanken, der mit zwei bewaffneten Männern auf den Bussen, wo man eine Signalstation errichtet hatte, marschierte und die junge Mannschaft von der Sinnlosigkeit des Unterfangens überzeugte und entwaffnete (HStA Stuttgart, E 146 III alt, n. 1937).
- 29 Schwarzwälder Bote Oberndorf Nr. 72 vom 4. Mai 1851, S. 316.
- 30 Mühlbach, Josef, Der Landeskommunalverband der Hohenzollerischen Lande (= Arbeiten u. Landeskunde Hohenzollerns H. 10), Sigmaringen 1972, S. 12 und S. 86.
- 31 Nach Würth fahndete die Regierung wegen Hochverrat; das fürstl. Oberamt Sigmaringen schrieb ihm im Verordnungs- u.

- Anzeigebblatt f. d. Fürstentum Sigmaringen Nr. 40 vom 4. Okt. 1849 zur Fahndung aus. Der „Steckbrief“ erwähnt, daß Würth sich in Rorschach aufhalte.
- 32 Vgl. die Quellenzusammenstellung von Kilian Fischer über die Ereignisse und Zustände zu Riedlingen in den Jahren 1848/49 (Manuskript im Stadtarchiv Riedlingen, datiert November 1949).
- 33 Ziegler, Uwe, Verwaltungs-, Wirtschafts- u. Sozialstruktur Hohenzollerns im 19. Jh. (= Arbeiten z. Landeskunde Hohenzollerns Bd. 13), Sigmaringen 1976, S. 65 ff. und S. 157.
- 34 Messerschmidt, Manfred, Die politische Geschichte der preußisch-deutschen Armee, in: Handbuch d. deutschen Militärgeschichte 1648–1939, Bd. IV, 1, München 1975, S. 132 ff.



Langenenslingen – Historische Topographie (Kartengrundlage Vermessungsplan 1844, im Staatsarchiv Sigmaringen, Abt. K XI, Feld 146 S.O. XXXVI 22 und XXXVII 22)

- 1 Nubersche Mühle, die Mittlere Mühle genannt
- 2 Kuhnsche oder Anlikers Mühle, 1303 als Feldmühle erwähnt
- 3 Untere Mühle
- 4 Alter Pfarrhof
- 5 Mesnerhaus, Schule und Lehrerwohnung bis 1830
- 6 Kirche St. Mauritius

- 7 Pfarrstadel
- 8 Schulhaus, erbaut 1830
- 9 Gasthaus „Zum Kreuz“, 1724 bis 1727 im Besitz von Heiligkreuztal
- 10 Schloß
- 11 Herrschaflicher Bauhof – Rathaus von 1812 bis 1858, dann abgerissen
- 12 Gasthaus „Zum Adler“, 1568 erwähnt
- 13 Stadel des Adlerwirts, abgerissen 1885/86, Bauparzelle der neuen Pfarrkirche St. Konrad, erbaut 1889 bis 1893